HILDEGARD MÜLLER
Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA)

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SICHERN – ZUKUNFT GESTALTEN:

Warum 2025 ein Schlüsseljahr für Deutschland und Europa ist

Deutschlands einst selbstverständliche Stärke als attraktiver Industriestandort gerät ins Wanken. Seit Monaten häufen sich die Meldungen über Produktionsverlagerungen, Arbeitsplatzverluste und eine sinkende Investitionsbereitschaft am Standort Deutschland. Wenn jetzt nicht grundlegend und mit umfassenden Reformen gegengesteuert wird, ist das erst der Anfang einer sich verschlimmernden Entwicklung.

Die Probleme sind seit Langem bekannt, doch gehandelt wurde bisher zu zögerlich. Energie in Deutschland kostet etwa drei- bis fünfmal so viel wie in den USA oder China, die Steuerlast erreicht internationale Spitzenwerte und Bürokratie verbraucht über 20 Prozent der Arbeitszeit in den Unternehmen. Eine Digitalpolitik, die eher bremst als beflügelt, tut ihr Übriges. Gerade viele Mittelständler geraten dadurch in gravierende Probleme. Es braucht jetzt ein entschlossenes Umsteuern.

Die deutsche Automobilindustrie steuert entschlossen gegen diese Herausforderungen: Sie investiert weiterhin große Summen in die Zukunft. Bis 2029 werden unsere Unternehmen rund 320 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung aufwenden sowie weitere 220 Milliarden Euro in neue Werke investieren – vor allem für digitale Technologien und klimaneutrale Mobilität. Dieser Investitionskurs unterstreicht das klare Bekenntnis der Branche auf dem Weg zur digitalen und klimaneutralen Mobilität der Zukunft.

Alarmierend ist jedoch, dass ein immer größerer Anteil dieser Investitionen derzeit in das Ausland verlagert wird. In Deutschland hingegen verharrten die Sachinvestitionen 2023 auf dem Niveau von 2016 und lagen damit unter dem Höchststand von 2019. Diese Entwicklung ist besorgniserregend, zumal rund 70 Prozent der Arbeitsplätze unserer Branche vom Export abhängen. Wenn neue Fabriken und Projekte vor allem im Ausland entstehen, drohen Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze in vielen Regionen Deutschlands verloren zu gehen.

Der Koalitionsvertrag setzt erste wichtige und richtige Akzente. Das klare Bekenntnis zur Industrie, zum Mittelstand und zur Zukunft der Automobilindustrie sendet ein wichtiges Signal: Die Zeiten einer Politik der einseitigen Belastung sollen vorbei sein. Doch auf Worte müssen nun auch Taten folgen. Zudem bleibt der Koalitionsvertrag in einigen Bereichen hinter den dringenden Notwendigkeiten zurück.

Statt nur auf einzelne Maßnahmen zu blicken, braucht es jetzt eine gemeinsame wirtschaftspolitische Überschrift: Wettbewerbsfähigkeit muss Leitmotiv sein – denn sie entscheidet über Investitionen, Arbeitsplätze und Wohlstand. Es geht nicht nur um E-Mobilität oder steuerliche Anreize, sondern um das große Ganze: Wie schaffen wir es, unseren Standort wieder an die Weltspitze zu führen?

Die Verlängerung der Kfz-Steuerbefreiung für Elektroautos, die Sonderabschreibung und der höhere Bruttolistenpreis für Dienstwagen sind richtig – aber sie wirken nur in einem stimmigen Gesamtbild. Ebenso wichtig sind der beschleunigte Ausbau der Ladeinfrastruktur, der gezielte Ausbau von Wasserstofftankstellen und die Senkung der Stromkosten. Ein starker Standort braucht einen fairen Energiepreis – für die Wirtschaft genauso wie für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Auch das Versprechen, Bürokratie zu reduzieren, weckt Erwartungen. Denn die Realität vieler Unternehmen sieht anders aus: Die Digitalisierung der Verwaltung stockt, Berichtspflichten nehmen zu, Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Der Aufbau einer Digitalplattform ist ein guter Ansatz – jetzt kommt es auf Tempo an. Schließlich braucht es Mut bei Steuern und Abgaben. Der geplante Investitions-Booster kann ein Signal setzen, reicht allein aber nicht aus. Wer mehr Innovation und Transformation will, muss auch fiskalisch Freiräume schaffen – etwa durch verbesserte Abschreibungsbedingungen, eine flexiblere Verlustverrechnung und eine echte Reform der Unternehmensbesteuerung.

Es geht darum, Zukunft zu gestalten. Klar ist: Nur wer wirtschaftlich stark ist, kann geopolitisch mitbestimmen. Nur wer wirtschaftlich resilient ist, kann seine Interessen international durchsetzen – mit Haltung und auf Augenhöhe. Relevanz in der Welt entsteht nicht durch Worte allein, sondern durch wirtschaftliche Schlagkraft.

Während Deutschland innenpolitisch den Neustart vorbereitet, verschärft sich das globale Umfeld. Trumps Politik in den USA ist ein Weckruf, wirtschaftliche und geopolitische Interessen künftig entschlossener zusammenzudenken. Jüngster Beleg: Der US-Präsident hatte umfangreiche Strafzölle auf weite Teile der Welt angekündigt – insbesondere auf Pkw und leichte Nutzfahrzeuge. Diese neuen sowie die angekündigten sogenannten reziproken Zölle bedeuten einen fundamentalen Einschnitt, nämlich die Abkehr der USA von der regelbasierten Welthandelsordnung. Das ist kein »America first« mehr, sondern ein »America alone«.

Klar ist: Dieser Protektionismus kennt nur Verlierer. Amerikanische Verbraucher würden ihn in Form steigender Preise und geringerer Auswahl zu spüren bekommen. Gleichzeitig würde der nachlassende Wettbewerbsdruck den Innovationsanreiz für US-Unternehmen verringern und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit mittelfristig schwächen. Kein Wunder, dass Trumps Zollkurs selbst in der US-Industrie auf deutliche Kritik stößt.

Für die global verflochtene Automobilindustrie bedeuten solche Zölle eine massive Belastung. Die Folgen für die eng ineinandergreifenden Lieferketten sind zwar noch schwer abzuschätzen, doch schon jetzt ist klar, dass erhebliche Einbußen bei Wachstum und Arbeitsplätzen drohen. Gerade die deutsche Automobilbranche mit über 2.000 Standorten und rund 138.000 Beschäftigten in den USA ist tief in die amerikanische Wirtschaft integriert – ein lebendiger Gegenbeweis zur Annahme, Wohlstand lasse sich im Alleingang maximieren.

Jetzt ist die EU gefordert, geschlossen und selbstbewusst aufzutreten. Eine geeinte europäische Stimme ist das Gebot der Stunde. Die klare Haltung als auch die Verhandlungsbereitschaft der EU sind richtig. Die nächsten Wochen werden entscheidend sein, solange bleibt die Unsicherheit für Unternehmen hoch, die Lage ist weiterhin kritisch. Parallel dazu steht die EU vor eigenen Aufgaben. Vor allem bei Freihandelsabkommen gilt es, endlich Tempo aufzunehmen. Mit so vielen Partnerregionen wie möglich sollten zügig neue Verträge geschlossen und bestehende Abkommen ratifiziert werden. Europa sollte sich als entschlossener Verfechter eines freien und fairen Welthandels positionieren – Deutschlands und Europas Wirtschaft brauchen starke Allianzen und belastbare Netzwerke.

Die jüngsten protektionistischen Signale aus Washington erhöhen jedenfalls nochmals den Druck auf Berlin und Brüssel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts zu sichern. Wer global bestehen will, muss zuhause die Hausaufgaben machen.

An klugen Köpfen und innovativen Ideen mangelt es nicht. Doch wir können sie immer seltener im eigenen Land zur Entfaltung bringen. 2025 ist ein Jahr voller Chancen: Die Industrie hat mit großen Investitionen, neuen Ideen und echter Veränderungsbereitschaft bereits vorgelegt. Die Zukunft liegt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung – getragen von Wirtschaft, Gesellschaft und verantwortungsvoller Politik. Es geht nicht um kurzfristige Konjunkturprogramme, sondern um langfristige Standortqualität.

FAZIT

Die deutsche Automobilindustrie beweist täglich, was in ihr steckt – mit Innovationskraft, internationaler Wettbewerbsfähigkeit, einem klaren Bekenntnis zur Transformation und hohen Investitionen. Wenn es nun die Politik schafft, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, können wir nicht nur in der ersten Liga der Weltwirtschaft bestehen – wir können sie mitgestalten. Die Richtung ist klar. Jetzt gilt es, mit Mut und Pragmatismus den nächsten Schritt zu gehen.

2025